



Bericht aus Berlin

13 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 13 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Plenum

Euro-Rettungsschirm beschlossen

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag mit überwältigender Mehrheit für die Reform des Euro-Rettungsschirms gestimmt. Damit wird der deutsche Garantierahmen der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität von bislang 123 Milliarden Euro auf rund 211 Milliarden Euro erhöht. „Wir sind in einer außergewöhnlich schwierigen Lage, weil die Nervosität an den Finanzmärkten hoch ist“, sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in der Debatte, die der Abstimmung vorausging. Länder wie Irland, Portugal und Griechenland, in denen über Jahre eine schwerwiegende Fehlentwicklung stattgefunden hat, brauchen Zeit, die ihnen die Finanzmärkte nicht geben. Deswegen wird den Ländern vorübergehend mit Krediten der EFSF geholfen, damit sie ihre Defizite und ihre zu hohe Verschuldung auf ein tragbares Maß zurückführen sowie ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern können. So können sie auf einen nachhaltigen Wachstumspfad kommen. Es geht um Hilfe zur Selbsthilfe. Hierbei gilt es zu verhindern, dass die Krise eines Landes auf andere Länder übergreift. Die Ansteckungsgefahr ist zurzeit groß, wie die Entwicklung der Finanzmärkte zeigt. Es muss vermieden werden, dass die Schwierigkeiten in der Eurozone erneut zu einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise führen. Durch die nun getroffenen Entscheidungen soll eine wirksamere Barriere gegen Ansteckungsgefahren zwischen den Ländern der Eurozone errichtet werden. Es geht dabei darum, gefährdete Länder mit neuen Instrumenten wie vorsorgliche Kreditlinien, Hilfen an die Mitgliedstaaten zur Rekapitalisierung von Banken

und Sekundärmarktkäufe auszugestalten. Ziel ist nicht, möglichst vielen Ländern Hilfe zukommen zu lassen, sondern zu verhindern, dass weitere Länder zu Krisenfällen werden. Wir schaffen so ein Signal für die Märkte, dass es sich nicht lohne, auf das „Kippen“ eines weiteren Landes zu spekulieren. Die aktuellen Probleme in der Eurozone, die teilweise auf jahrzehntelange Misswirtschaft zurückzuführen sind, können nicht über Nacht gelöst werden. Die Europäer haben mit Maßnahmen zu einer strengeren Haushaltsüberwachung, zur Regulierung der Finanzmärkte, zur konsequenten Konsolidierung und zur Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit reagiert. Die Lösungen für die aktuellen Probleme müssen im Rahmen der geltenden europäischen Verträge gefunden werden. Darüber hinaus müssen wir aber diskutieren, wie wir die Währungsunion durch eine vertiefte europäische Integration in der Wirtschafts- und Finanzpolitik dauerhaft stabil gestalten. Wenn wir die befristeten Maßnahmen gut organisieren, schaffen wir den Raum, die Probleme wirklich an der Wurzel anzupacken. Die Verabschiedung des geänderten Stabilisierungsmechanismusgesetzes hilft deshalb, die Eurozone als Stabilitätsunion zu erhalten und weiterzuentwickeln.

15 Fragen und Antworten

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat ein Sonderheft 15 Fragen und Antworten **zur europäischen Schuldenkrise** erstellt, welches auf der Internetseite: www.cducsu.de als pdf-Dokument heruntergeladen werden kann.

Parlamentsdeutsch...

... Petition

Das Petitionsrecht ist ein im Grundgesetz verbrieftes Bürgerrecht: Jeder in Deutschland hat das Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen eine Petition, eine Bitte oder Beschwerde beim Bundestag oder bei einem der Landesparlamente einzureichen. Dabei unterscheidet man zwischen Einzelpetitionen (Anliegen eines einzelnen Bürgers), Sammelpetitionen (mehrere Petenten unterzeichnen eine Petition, Massenpetitionen (mehrere Petenten reichen Petitionen zum selben Thema ein) und öffentlichen Petition (Petition wird auch im Internet veröffentlicht und kann dort mitgezeichnet und diskutiert werden). Petitionen sind ein Instrument, mit dem die Bürger die Politik aktiv mitgestalten können; in einer Petition kann z.B. eine Gesetzesänderung angeregt werden. Der Petitionsausschuss des Bundestages berät über die Anliegen, die die Gesetzgebungskompetenz des Bundes oder Bereiche und Einrichtungen der Bundesverwaltung betreffen. Dabei kann er zur abschließenden Erledigung durch den Bundestag unter anderem vorschlagen, die Petition der Bundesregierung zur Berücksichtigung, zur Erwägung oder als Material zu überweisen.

Nachrichten

Im Bundeskanzleramt



Peter Götz und Kollegen trafen sich am Donnerstag im Bundeskanzleramt, um mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vor allem über Arbeitnehmerfragen und die Zukunft der Pflegeversicherung zu sprechen.

Peter Götz: Welt-Habitat-Tag in Mexiko



Am 3. Oktober ist Welt-Habitat-Tag. Er wird an jedem ersten Montag im Oktober gefeiert und soll uns zum Nachdenken über unsere Gemeinden und Städte und den

Anspruch der Menschen auf einen angemessenen Wohnraum anregen. Dieses Jahr wird er in Aguascalientes, Mexiko, unter dem Motto "Städte und Klimawandel" gefeiert. Peter Götz nimmt in seiner Funktion als Weltpräsident der "Globalen Parlamentariergruppe für Habitat" (GPH), einem Zusammenschluss von Parlamentariern, welche sich für die nachhaltige Entwicklung von Siedlungen engagieren, auf Einladung der Vereinten Nationen (UN-HABITAT) und der mexikanischen Regierung an den diesjährigen Feierlichkeiten in Mexiko teil. Zu diesem Anlass hat er zu einer gemeinsamen Sitzung der regionalen Präsidien der GPH eingeladen, um vor allem die Aktivitäten für 2012 vorzubereiten. Götz: "Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, die inzwischen auf sieben Milliarden angewachsen ist, lebt in Städten. 70 Prozent der Kohlendioxid- Emissionen weltweit werden von Städten produziert. Ballungsräume sind unbestritten die größten Verursacher für den Klimawandel." Sie müssen daher selbst wichtige Beiträge zum Klimaschutz leisten; bei der Stadtplanung, der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien, oder bei der Energieeffizienz stadteigener Gebäude. Besonders wichtig ist dabei, dass "wir die in den Städten lebenden Menschen auf diesem schwierigen Weg mitnehmen und sie an der Entwicklung teilhaben lassen."

Peter Götz trifft THW in Berlin



Das Technische Hilfswerk und die THW-Jugend hatten auch in diesem Jahr wieder zu einer Veranstaltung mit Bundestagsabgeordneten nach Berlin geladen. Bei dieser Gelegenheit konnte Peter Götz mit Andrea Hildebrand, Geschäftsführerin THW Karlsruhe ein Gespräch führen. Weitere Informationen finden Sie unter: http://www.thw.de/SharedDocs/Meldungen/DE/Meldung/en/national/2011/09/meldung_004_mdb_und_thw.html

Zu Besuch in Berlin...



... in dieser Woche konnte Peter Götz die 10. Klassen der August-Renner-Realschule Rastatt sowie die Klasse 10 der Realschule Gaggenau, aus seinem Wahlkreis im Bundestag begrüßen.

Einige interessante Daten und Fakten...

Piratenpartei – eine abermalige Spaltung der Linken?

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hat die Piratenpartei Deutschland am 18. September 8,9% der Stimmen gewinnen können. Sie zieht mit insgesamt 15 Mandaten in den Berliner Landtag ein und verfügt damit über nur fünf Sitze weniger als Die Linke. Laut infratest dimap wanderten insgesamt 17.000 Wähler der Grünen, 14.000 Wähler der SPD und 13.000 Wähler der Linkspartei zu den Piraten. FDP und CDU verloren hingegen nur 6.000 respektive 4.000 Stimmen an die Piraten. Zusätzlich konnten die Piraten 23.000 Nichtwähler mobilisieren und 22.000 Wähler der Sonstigen gewinnen. Der durchschnittliche Wähler der Piratenpartei ist zwischen 18 und 34 Jahren alt, männlich und besitzt einen hohen formalen Bildungsabschluss. In den Gruppen der 18 bis 24-Jährigen und 25 bis 34-Jährigen liegt der Wähleranteil bei je 16%, doch auch unter den 45 bis 59-Jährigen konnte die Piratenpartei 8% der Stimmen gewinnen. Die Hochburg der Piratenpartei liegt mit Friedrichshain-Kreuzberg in einem Teil des Wahlbezirkes, den bei der letzten Bundestagswahl Bündnis90/Die Grünen direkt gewannen.

(Quelle: Parteienmonitor Aktuell der Konrad-Adenauer-Stiftung)

Jeder zehnte Betrieb beteiligt seine Mitarbeiter am Erfolg

Große Betriebe nutzen häufiger Systeme der Gewinn- und Kapitalbeteiligung als kleine. Während acht Prozent der Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten Gewinnbeteiligungsmodelle haben, beteiligt jeder dritte Großbetrieb mit 500 und mehr Beschäftigten seine Mitarbeiter oder einen Teil seiner Mitarbeiter am Gewinn. Am häufigsten ist die Gewinnbeteiligung in Betrieben des Sektors Information und Kommunikation. Fast ein Drittel der Betriebe dieses Sektors beteiligen zumindest einen Teil ihrer Beschäftigten am Gewinn. Zu dem Sektor zählen Betriebe des Verlagswesens, der Funk-, Fernseh- und Filmindustrie, Telekommunikation, Internetdienstleistungen, Softwareentwicklung und Datenverarbeitung sowie Nachrichtenbüros. Weit verbreitet ist die finanzielle Mitarbeiterbeteiligung auch im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Hier weist fast ein Viertel der Betriebe Gewinnbeteiligung auf. Knapp die Hälfte aller Betriebe, die Gewinnbeteiligungsmodelle eingeführt haben, bezieht alle Mitarbeiter in diese ein. Durchschnittlich werden von den Gewinnbeteiligungsbetrieben zwei Drittel der Mitarbeiter in das Modell eingebunden.

(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung)